

Naher Osten und Nordafrika

Der Sommer der Ernüchterung

Der Arabische Frühling hat Autokraten vertrieben, und viele Bürger konnten erstmals frei wählen. Doch die politische und wirtschaftliche Lage ist vielerorts prekär, und manche Regime agieren jetzt sogar noch repressiver – bis hin zum Krieg in Syrien, dem schrecklichsten Beispiel dafür, wie offen die Zukunft im Nahen Osten und in Nordafrika ist.

Viel wurde und wird über die Eigenarten des „Arabischen Frühlings“ debattiert und gestritten. Waren es „echte Revolutionen“, die sich da in Ägypten, Libyen, Tunesien und weiteren Ländern der Region zutrug? Können die dortigen Völker nach Jahrzehnten autokratischer Herrschaft Despotie und Willkürherrschaft ablegen und neue Demokratien aufbauen? Erweisen sich die Islamisten, neue Mehrheitskraft in nahezu allen arabischen Umsturzländern, als demokratiefähig, oder ersetzen sie lediglich autoritäre Präsidialregime durch zunehmend theokratische Herrschaftsformen ohne Zugewinne an Liberalität? Und schließlich: Wenn das ein „Frühling“ war, was kommt danach? Ein Sommer, der die Gesellschaften politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zum Erblühen bringt, oder eher eine Hitzeperiode, die alle Hoffnung verwelken lässt?

So oder so haben die Umbrüche des Jahres 2011 Historisches erreicht: Muammar al-Gaddafi wurde nach 42 Jahren die Herrschaft über Libyen entrissen, Ali Abdullah Salih verließ den Jemen nach 33-jähriger Präsidentschaft, Husni Mubarak wurde nach 30 Jahren vom Amt des ägyptischen Staatspräsidenten vertrieben, und Ben Ali dankte nach 24 Jahren als tunesischer Staatspräsident ab. Im Berichtszeitraum wurden die Bürger Ägyptens, Libyens und Tunesiens zu den ersten freien und fairen Wahlen in der Geschichte ihres Landes aufgerufen. Freiheits- und Versammlungsrechte wurden entschieden gestärkt, politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen gründeten sich.

Und doch ist der Blick auf die Daten des BTI 2014 ernüchternd. Gewiss, Ägypten und Tunesien gehören auch im globalen Vergleich zu den größten Aufsteigern im Bereich Demokratie. Etliche Länder jedoch haben hinsichtlich der politischen Transformation bedeutende Rückschritte gemacht. Dies mag im Falle Bahrains und Syriens, beide von gewalttätigen Auseinandersetzungen gezeichnet, nicht sonderlich überraschen. Doch auch ein Land wie Oman, gemeinhin als Hort der Stabilität und Zuverlässigkeit angesehen, verzeichnete große politische Rückschritte. Es steht exemplarisch dafür, dass im Schatten des Rampenlichts, in dem die Revolutionsstaaten standen, die verbliebenen Autokraten aufkommende Demokratisierungsbemühungen nahezu unbemerkt unterdrückten und ihre Alleinherrschaft zementierten.

Folglich weist der regionale Durchschnitt aller 19 Länder hinsichtlich des politischen Transformationsniveaus keine nennenswerte Verbesserung aus. Deutliche Aufwertungen verzeichneten lediglich Tunesien (+1,95, mit den weltweit stärksten Zugewinnen im Status der politischen Transformation), Ägypten (+1,37), Libyen (+1,03) und mit etwas Abstand Algerien (+0,50). Alle anderen Länder blieben konstant oder aber verschlechterten sich, Oman um 0,57 und Bahrain um 0,70 Punkte, während Syrien ganze 1,15 Punkte verlor und aufgrund seiner drastisch reduzierten Staatlichkeit nun gar als zerfallender Staat gilt.

Noch ernüchternder fällt die Bestandsaufnahme aus, nimmt man die wirtschaftlichen Transformationstendenzen hinzu: Der regionale Durchschnittswert verringerte sich um 0,40 Punkte, Ägypten, Iran, Jemen, Libyen, Sudan und Syrien belegen im globalen Ranking der Länder mit den deutlichsten Verschlechterungen die letzten Plätze. Einzig die Vereinigten Arabischen Emirate verbesserten ihr wirtschaftliches Transformationsniveau deutlich (+0,68). Damit liegt der Nahe Osten und Nordafrika im Status der wirtschaftlichen Transformation (5,44 Punkte) zwar immer noch vor dem postsowjetischen Eurasien (5,22), dem östlichen und südlichen Afrika (4,73) sowie West- und Zentralafrika (4,31), verzeichnet aber als einzige Region einen spürbaren Rückgang. Im aggregierten Status-Index, der das politische und das wirtschaftliche Transformationsniveau zusammennimmt, rangiert die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas mit einem Wert von 4,80 auf dem vorletzten Platz aller Regionen, nur noch knapp vor West- und Zentralafrika (4,79).

Im Management-Index hingegen erfuhr die Region im Durchschnitt keine nennenswerte Veränderung. Mit einem Wert von 4,14 blieb die Managementleistung nahezu stabil, allerdings auf niedrigem

Niveau: Der globale Durchschnitt beträgt 4,92. Deutlich verbesserten Managementwerte für Libyen nach dem Sturz Gaddafis (+1,21) und Jemen in der Nach-Salih-Ära (+0,85) stehen Rückschritte insbesondere Omans (-0,75) und Syriens (-1,79) entgegen.

Politische Transformation

Das Dilemma der Revolution

Mehr Meinungs- und Versammlungsfreiheit, eine stärkere Gewaltenteilung, freie und faire Wahlen: Die Revolutionsländer sind der Demokratie in einigen Kernbereichen zweifellos nähergekommen. Gleichzeitig jedoch bleiben elementare Bürgerrechte in den meisten arabischen Ländern nicht hinreichend geschützt – und in den Autokratien am Persischen Golf geraten sie sogar unter noch stärkeren Druck.

Tunesien, der Ausgangspunkt der politischen Transformationswelle, hat die beeindruckendste Entwicklung durchlaufen. Das Land hat sich um nahezu zwei Punkte und zwei Kategorien verbessert und gilt damit im BTI nun nicht mehr als harte Autokratie, sondern als stark defekte Demokratie.

Schwieriger verlief der Transformationsprozess in Ägypten, das allerdings schon allein aufgrund seiner Bevölkerungsgröße vor wesentlich gravierenderen Problemen steht – und zudem unter Stillstand leidet: Nachdem das Verfassungsgericht im Sommer 2012 das Unterhaus und ein Jahr später auch das Oberhaus auflöste, stand Ägypten ohne funktionierende Legislative da – ein Beispiel dafür, dass Politik zunehmend als Disput zwischen der von den Muslimbrüdern beherrschten Exekutive und einer den Militärs gewogenen Justiz ausgehandelt wurde.

Libyen dagegen überraschte nach den Kämpfen gegen das Gaddafi-Regime im Juli 2012 mit professionell durchgeführten Parlamentswahlen. Doch ohne Parteienvielfalt und nach Jahren der Isolation fällt die Konsolidierung des neuen Systems schwer. Insbesondere die labile Sicherheitslage bereitet Sorgen. Der völlig unzureichende Schutz der Bürgerrechte schließlich führt dazu, dass Libyen nach wie vor als Autokratie eingestuft wird.

Ebenfalls gemischt fällt Jemens politische Bilanz aus. Der nach zähem Ringen zur Abdankung getriebene Staatspräsident Ali Abdullah Salih hinterließ seinem Nachfolger Abed Rabbo Mansour Hadi einen politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich höchst fragilen Staat. So weist Jemen, neben Sudan das ärmste Land der arabischen Welt, zunehmende Trennungstendenzen zwischen Nord und Süd auf. Terroraktivitäten der „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“-Gruppe verkomplizieren die Situation.

Bahrain und Syrien sind die beiden tragischen Sonderfälle des Arabischen Frühlings. Das Aufbegehren insbesondere schiitischer Bahrainis gegen Ausgrenzung, soziale Missstände und die Herrschaft des sunnitischen Könighauses wurde mit Hilfe saudischer und emiratischer Truppen blutig niedergeschlagen. Dieses auch von westlichen Regierungen weitgehend unwidersprochene Vorgehen muss im Kontext geostrategischer Überlegungen gesehen werden: Das sunnitische Saudi-Arabien und der schiitische Iran rivalisieren um die regionale Vorherrschaft am Persischen Golf, eine Rivalität, die auch religiös unterlegt ist. Das kleine Bahrain mit seiner schiitischen Bevölkerungsmehrheit, aber sunnitischen Herrscherfamilie ist daher ein wichtiger Bestandteil der saudischen Dominanzstrategie.

Das Drama Syriens spielt sich mit umgekehrten Vorzeichen ab. Hier wird eine sunnitische Bevölkerungsmehrheit von einer alawitischen, also eher dem schiitischen Lager zuzuordnenden Herrscherfamilie regiert. Baschar al-Assad zeigte eine Bereitschaft zur Gewalt, die sogar die Grausamkeiten seines Vaters und Vorgängers Hafiz al-Assad in den Schatten stellte. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen hatten schon bis zum Sommer 2013 rund 100.000 Menschen ihr Leben verloren, Hunderttausende mussten das Land verlassen.

Generell ist in vielen Ländern der Region ein starker Einbruch beim Schutz der Bürgerrechte zu konstatieren, der sich vor allem in einer stärkeren Diskriminierung von Frauen sowie religiösen und ethnischen Minderheiten niederschlägt. Die Daten des BTI 2014 verdeutlichen das Hauptdilemma. Die regionalen Durchschnittswerte für freie und faire Wahlen (+1,00), effektive Regierungsgewalt (+0,68), Versammlungsfreiheit (+0,53), Meinungsfreiheit (+0,21) und Gewaltenteilung (+0,32) verbesserten

sich durchweg. Der Schutz der Bürgerrechte jedoch erfuhr eine massive Abwertung um 0,47 Punkte. Dieser Rückschritt liegt zum einen an der zweiten starken Negativtendenz: dem Verlust an Staatlichkeit. Der BTI bewertet dieses Kriterium um 0,64 Punkte schlechter. Zum anderen lässt sich die Abwertung auf den wachsenden Einfluss extremistischer Gruppierungen sowie die mangelnde Durchsetzung effektiver Schutzmaßnahmen für besonders fragile Bevölkerungsgruppen zurückführen.

Abseits der medialen Aufmerksamkeit haben zwei Länder Entwicklungen durchlaufen, die eine genauere Betrachtung verdienen. Überraschend positive Entwicklungen waren in Algerien zu verzeichnen. In Reaktion auf die Geschehnisse in seinen östlichen Nachbarländern lockerte die herrschende Klasse um Präsident Abd al-Aziz Bouteflika im Frühjahr 2011 einige Einschränkungen der politischen Freiheit. Allem voran stand die Aufhebung des 19-jährigen Ausnahmezustands am 23. Februar 2011, in dessen Gefolge erstmals seit dem Bürgerkrieg relativ freie und faire Parlamentswahlen durchgeführt wurden. In Oman hingegen nahm die politische Regression unerwartet stark zu. Von Sultan Qabus bislang im Stile eines gemäßigten Autokraten regiert, setzte das Regime den zaghaften Protesten unverhältnismäßig massive Gewalt entgegen.

Drei Länder haben sich von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau noch einmal deutlich verschlechtert. Sudans politischer Transformationsstand ist nach der Abspaltung des Südsudans auf 2,45 Punkte gesunken und liegt damit auf dem viertletzten Platz aller 129 Länder im BTI. Gründe sind auch hier vor allem Verluste bei der Staatlichkeit und den bürgerlichen Rechten. Ähnliches gilt für Saudi-Arabien (2,73 Punkte). Und schließlich hat Iran seinen Niedergang fortgesetzt und kommt mit einem Wert von 3,13 nur noch auf Platz 118, maßgeblich aufgrund weiterer Einschränkungen politischer Beteiligungsmöglichkeiten.

Wirtschaftliche Transformation

Der Preis des Umbruchs

Revolution bedeutet zumeist ökonomischen Rückschritt: Diese Lektion bestätigt sich nach den Umbrüchen in der arabischen Welt einmal mehr. 13 von 19 Staaten haben Verluste zu verzeichnen. Am anderen Ende des Spektrums rangieren die gut erholten Golf-Staaten – an der Spitze Katar, die einzige entwickelte Marktwirtschaft der Region.

Viele Beobachter hatten es erwartet: Die nordafrikanischen Transformationsstaaten durchleben nach ihren Regimewechseln wirtschaftlich schwierige Zeiten. Im Durchschnitt erlitten Ägypten, Libyen und Tunesien einen Rückgang um 0,63 Punkte in der Untersuchungsdimension Wirtschaftliche Transformation, verschlechterten sich also deutlich mehr als der regionale Trend von -0,40. Ägypten machte vor allem bei der Fiskal- und Wettbewerbspolitik sowie der makroökonomischen Stabilität Rückschritte. Das reale Wirtschaftswachstum erreichte im Revolutionsjahr magere 1,8 Prozent, die offizielle Arbeitslosigkeit hingegen erreichte insbesondere unter Jugendlichen und Universitätsabsolventen Rekordhöhen. Hart getroffen vom Einbruch des Tourismusgeschäfts steht Ägypten nun am Rande der Zahlungsunfähigkeit.

Ähnlich wie in Ägypten haben die religiöse und geschlechterbasierte Diskriminierung auch in Libyen negative Auswirkungen auf die ökonomische Teilhabe einiger Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus sank in für Umbrüchländer typischer Weise die makroökonomische Stabilität ebenso wie die volkswirtschaftliche Leistungsstärke. Tunesiens Wirtschaftskraft litt ebenfalls unter den veränderten Rahmenbedingungen. Das staatliche Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung stiegen von 2010 bis 2012, die Arbeitslosigkeit verharrte bei etwa 18 Prozent. Um die makroökonomischen Grundlagen stabil zu halten, wurde der tunesische Dinar um 6 Prozent gegenüber dem Euro abgewertet. Hoffnungsschimmer ist die Exportwirtschaft, die auch nach der Revolution steigende Erlöse erzielte, wobei die lahrende Wirtschaft in Europa sich negativ auswirkt.

Der dramatische Rückgang Syriens um 2,29 Punkte resultiert aus den 2011 ausgebrochenen Kriegshandlungen und überrascht wenig. Die weiteren Rückschritte Jemens und Sudans (-1,11 bzw. -1,07 Punkte), traditionell die wirtschaftlich schwächsten Länder der Region, sind jedoch alarmierend. Auch Iran hat seinen seit geraumer Zeit beobachtbaren Niedergang fortgesetzt und verliert 1,04

Punkte. Auf Ahmadinedschads Nachfolger Hassan Rohani warten nicht zuletzt auch ökonomische Probleme.

Am Persischen Golf setzten Katar und vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate ihren wirtschaftlichen Reformkurs fort. In den Emiraten (+0,68), 2008/2009 noch von der globalen Wirtschaftskrise gebeutelt, hat allen voran der Finanzplatz Dubai zu alter Stärke zurückgefunden – insbesondere dank der hohen Ölpreise. 2012 betrug das Bruttosozialprodukt etwa 400 Milliarden US-Dollar, mehr als doppelt so viel wie noch 2006, ein Haushaltsüberschuss von etwa 10 Milliarden US-Dollar machte eine Verdoppelung der Gehälter im öffentlichen Dienst problemlos möglich – auch eine Reaktion auf den Arabischen Frühling. Zudem trat das neue Wettbewerbsgesetz 2012 in Kraft, das eine weitere Wirtschaftsbelebung nach sich ziehen wird. Auch Katar (+0,21) stellte Anfang 2013 durch den Entwurf eines neuen Unternehmergeetzes verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Aussicht. Der jährliche Haushaltsüberschuss hier belief sich 2012 auf 15 Milliarden US-Dollar, Arbeitslosigkeit ist quasi nicht-existent, Sozialleistungen sind überdurchschnittlich. Dies gilt allerdings nur, wie in allen Golfstaaten, für Staatsangehörige – die zahlreichen Gastarbeiter insbesondere aus Südostasien, die oftmals unter unwürdigen Bedingungen in den reichen Ölmonarchien leben und arbeiten, sind weitgehend von staatlichen Zuwendungen ausgenommen.

Der BTI klassifiziert Katar als die einzige entwickelte Marktwirtschaft der Region, Emir Hamad Bin Chalifa Al Thani hinterließ seinem Sohn und Nachfolger Tamim bei der Machtübergabe am 25. Juni 2013 also ein gut bestelltes Haus. Während Tunesien trotz der aufgezeigten Rückschritte eine Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten bleibt, rutschte Ägypten im Vergleich zum BTI 2012 in die Kategorie schlecht funktionierender Marktwirtschaften. Jemen, Sudan und Syrien werden nunmehr gar als lediglich rudimentäre Marktwirtschaften eingeordnet. Alle drei Volkswirtschaften litten unter massiven bürgerkriegsähnlichen Zerstörungen. Nach Schätzungen der UNO leben mehr als 50 Prozent der Jemeniten in absoluter Armut. Kaum besser ist die Lage im Sudan, wo die Wirtschaft ebenfalls lediglich ein Pro-Kopf-Einkommen von nur 2.300 US-Dollar pro Jahr hervorbringt und durch die Abspaltung Südsudans am 9. Juli 2011 und dem damit verbundenen Verlust reicher Ölvorkommen einen weiteren Rückschlag erlitt.

Transformationsmanagement

Zwischen Aufbruch und Enttäuschung

Die Regierungsleistungen in der Region unterscheiden sich stark: Während die neuen Regierungen Nordafrikas ein recht ordentliches politisches Management zeigen, ist das Bild in Iran, Sudan und Syrien verheerend. Das Beispiel der Türkei schließlich zeigt, dass auch eine überaus effektive Regierung ein Land polarisieren kann.

Wie schlecht es um das politische Management in Iran, Sudan und Syrien tatsächlich bestellt ist, veranschaulicht in Blick auf das Gesamttabelleau: Hier landet Syrien auf dem vorletzten Platz, unterboten lediglich von Eritrea, aber übertroffen von Nordkorea und Somalia. In Iran (Rang 124) und Sudan (Rang 123) wurden die politischen Gestaltungsleistungen schlechter bewertet als beispielsweise in Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo oder Simbabwe. Selbst dem Südsudan, dem neuen Nachbarstaat der Region, der selbst mit massiven Problemen kämpft, wird ein deutlich besseres Management bescheinigt.

Syriens Absturz im Management-Index folgt Verbesserungen im BTI 2012. Diese spiegelten insbesondere den zunehmenden Austausch früherer Parteifunktionäre durch gut ausgebildete Fachleute in der öffentlichen Verwaltung sowie die engere internationale Zusammenarbeit wider. Davon ist inzwischen nichts mehr zu sehen, die Abwertung um 1,79 Punkte und der Länderbericht reflektieren den Zustand eines Regimes, das das Land willentlich in die Katastrophe geführt hat.

Miserabel fällt auch die Regierungsbilanz von Mahmud Ahmadinedschad aus. Unter seiner Führung verlor Iran im Management-Index von einem schon 2006 niedrigem Niveau aus weitere 1,25 Punkte. Der Staatspräsident legte offenbar keinerlei Wert mehr auf Korruptionsbekämpfung und internationale Unterstützung, seine Regierung war intern zerstritten, und überdies machte der im April 2011

ausgebrochene Machtkampf mit dem religiösen und politischen Oberhaupt, Ayatollah Sayyid Ali Khamenei, sämtliche Bemühungen zur Politikgestaltung zunichte.

Eine starre Reformverweigerung ist auch bei der sudanesischen Regierung erkennbar. Nach der Abspaltung des christlich-animistischen Südens im Juli 2011 war eine stärkere Einheitlichkeit innerhalb des nun nahezu homogen islamisch-arabischen Nordens erwartet worden. Das Regierungshandeln besteht aber offenbar nur noch aus Appellen an die Einheit, Durchhalteparolen und Propaganda.

Nordafrikas neue Regierungen haben demgegenüber ordentliche bis gute Regierungsleistungen gezeigt. Libyen, Ägypten und Tunesien erhalten deutlich bessere Bewertungen als im BTI 2012. Am stärksten verbesserte sich Libyen (+1,21), was allerdings eher den stets katastrophalen Werten für die alte Gaddafi-Regierung geschuldet ist. Ägyptens und Tunesiens etwas moderatere Verbesserungen (+0,29 bzw. +0,22) reflektieren deren eher durchwachsene Regierungsbilanzen, da hier etlichen Fortschritten auch Verschlechterungen bezüglich Politikkoordinierung, Konfliktmanagement und internationaler Glaubwürdigkeit entgegenstehen.

Bemerkenswert ist der starke Rückgang der Qualität des Regierungshandelns in Oman, analog zur unerwartet negativen politischen Entwicklung. Die harte Reaktion auf die zaghaften Reformforderungen hat zu dem weitverbreiteten Gefühl geführt, dass der Sultan zunehmend selbstbezogen agiert und eine längerfristige politische Planung aus dem Blick verliert. So gibt es nach wie vor keinen Premierminister, und Kabinettsrochaden und kosmetische Reformen können den gespannten inneren Zustand des Regimes nicht länger kaschieren.

Die Türkei schließlich veränderte sich im Vergleich zum BTI 2012 in allen Untersuchungsdimensionen kaum und verbleibt in der Spitzengruppe des BTI, im Management-Index auf Rang 14. Und doch: Eine Langfristanalyse der BTI-Daten bietet eine überzeugende Erklärung für die aufgestaute Frustration über den zunehmend als autoritär empfundenen Regierungsstil der AKP-Regierung von Premierminister Recep Tayyip Erdoğan. Die Verdrängung säkularer, strikt an den Idealen des Staatsgründers Atatürk ausgerichteter Kräfte sowie die erfolgreiche Unterordnung des Militärs unter das Primat der Politik mit der Aufdeckung der Ergenekon-Verschwörung 2009 führten seit dem BTI 2008 zu einer schrittweisen Verbesserung der effektiven Regierungsgewalt und der Fähigkeit zur Politikimplementierung, gleichzeitig aber nahm die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Akteure im politischen Entscheidungsprozess seit 2008 rapide ab. Dies erklärt auch die verbreitete Furcht vor einem Ausufer der Regierungsgewalt in diesem stark polarisierten Land. Und Furcht, Frustration und ein Gefühl der Ohnmacht waren es, welche die Demonstranten im Juni 2013 im Gezi-Park zusammenbrachten.

Ausblick

Gespaltene Dynamik

Die Region Naher Osten und Nordafrika befindet sich im Wandel. Die Völker Ägyptens, Jemens, Libyens und Tunesiens haben die alten Regime überwunden, durchleben nun aber schmerzhaft Umbruchprozesse, inklusive starker Machtkämpfe zwischen Islamisten, Säkularen und Militärs. Diese Zeiten der Unsicherheit bringen vor allem die betroffenen Volkswirtschaften unter Druck, und mangelndes Können oder mangelnder Wille lassen gesellschaftliche, religiöse und ethnische Minderheiten zu einem inakzeptablen Maße ungeschützt. Katastrophal entwickelten sich die Konflikte in Bahrain und vor allem in Syrien, mit hohen Verlusten an Menschenleben sowie schweren Kriegsschäden an Privateigentum und öffentlichen Einrichtungen. Die politischen Machthaber in Syrien nach dem Krieg werden vor gewaltigen Wiederaufbauanstrengungen nicht nur materieller Art stehen, denn die Kämpfe haben auch die Gräben zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen vertieft. Internationale Einflussnahme von Iran, Russland, Hisbollah und weiteren Akteuren verkompliziert die Situation.

Nimmt man alle Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens in den Blick, so muss man konstatieren: Von einem die gesamte Region erfassenden „Arabischen“ Frühling kann nicht gesprochen werden. Bemerkenswert ist aber, wie stark die ehemals demokratieresistente Bastion Nordafrikas (Ägypten,

Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien) und die eher (zumindest im Wirtschaftsbereich) reformbereite Golfregion (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigte Arabischen Emirate) sich nunmehr unter anderen Vorzeichen entwickeln. Lagen beide Subregionen hinsichtlich des Stands ihrer politischen Transformation im BTI 2012 noch nahezu gleichauf (Nordafrika 3,85 Punkte, Golfregion 4,03 Punkte), so verbesserten sich die nordafrikanischen Mittelmeeranrainer im BTI 2014 deutlich auf 4,84 Punkte, während die Golfstaaten auf 3,73 Punkte fielen. Lediglich Kuwait erreicht annähernd den nordafrikanischen Durchschnittswert für politische Transformation, während die Golfregion – zumal mit starken Rückgängen in Bahrain und Oman – mehr denn je auch im globalen Vergleich als Hort des Autoritarismus bezeichnet werden muss.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Transformation hingegen ist es den nordafrikanischen Ländern nicht gelungen, ihren im BTI 2012 bestehenden deutlichen Rückstand zu den Golfstaaten (Nordafrika 5,55, Golfregion 7,14) aufzuholen. Im Gegenteil: Die politischen Erschütterungen führten zu Einbußen insbesondere bezüglich der volkswirtschaftlichen Leistungsstärke und der makroökonomischen Stabilität, sodass die wirtschaftlichen Transformationswerte für Nordafrika auf 5,19 fielen, während die Golfstaaten stabil bei 7,15 Punkten blieben. In den Ländern des Umbruchs wird die ökonomische Lage bis auf weiteres angespannt bleiben, so etwa in Ägypten, das auf milliardenschwere Darlehen angewiesen ist. Im Falle Libyens stellt die noch unter Gaddafi aus politischen Gründen aufgeblähte Verwaltung eine große Hypothek dar. Sie illustriert den immensen Reformbedarf, der dem Land trotz seiner gewaltigen Rohstoffreserven die wirtschaftliche Transformation erschweren wird.

Am deutlichsten tritt die unterschiedliche subregionale Dynamik im Bereich des Transformationsmanagements zutage. Während die Golfstaaten gegenüber dem BTI 2012 leicht verloren (von 4,72 auf 4,54), verbesserten sich die nordafrikanischen Staaten spürbar von 3,93 auf 4,46 Punkte. Weit dahinter liegt Iran. Immerhin: Mit der Wahl von Hassan Rohani zum neuen Staatspräsidenten verbindet sich auch die Hoffnung auf eine verbesserte Managementleistung. Rohanis besondere Herausforderung wird es sein, gegen die ultrakonservativen Vorstellungen des mächtigen Klerus Reformen anzustoßen und dennoch nicht die Unterstützung des zwölfköpfigen Wächterrats sowie dessen Oberhaupt Khamenei zu verlieren.

Während die Golfstaaten ihre wirtschaftliche Vormachtstellung in der Region dank ihres Ressourcenreichtums und der zumeist umsichtigen und langfristigen Investition in Bildung und Infrastruktur wohl noch einige Zeit behalten dürften, scheint sich das politische Gravitationszentrum allmählich wieder gen Westen zu verlagern, hin zur traditionellen regionalen Führungsmacht Ägypten und den Mittelmeeranrainern. Gerade deshalb besitzen die Geschehnisse in Kairo eine herausragende Bedeutung. Im Ringen um einen geordneten und demokratischen Weg wird sich entscheiden, was auf den Arabischen Frühling folgt – und ob die Revolutionen das Gesicht der Region nachhaltig verändern werden.